

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Franziska Rath, Dennis Gladiator,
Carsten Ovens, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

Betr.: Bahnen und Busse als Rückgrat der Mobilität stärken – Keine Erhöhung der HVV-Tarife über der Inflationsrate mehr, dauerhafte Fahrpreisbremse für die „Öffis“

Laut der bundesweiten Referenzstudie „Mobilität in Deutschland“ (MiD) liegt der Anteil der mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Hamburg zurückgelegten Wege aktuell mit 22 Prozent immer noch weit hinter dem Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) von 35 Prozent.¹ Dies ist in Zeiten immer neuer Staurekord und Problemen mit Schadstoffemissionen sowie angesichts eines ungebrochenen Bedürfnisses der Hamburger nach Mobilität ein schlechtes Zeichen. Bahnen und Busse sind das Rückgrat der Mobilität in Hamburg. Nur die öffentlichen Verkehrsangebote haben mit ihren Kapazitäten das Potenzial, die großen Verkehrs- und Mobilitätsprobleme der Gegenwart wirklich zu lösen.

Allerdings kam die Nachricht von der Schleichfahrt der „Öffis“ nicht überraschend. Konnte der Hamburger Verkehrsverbund in den Jahren 2002 – 2011 noch mit einem durchschnittlichen Fahrgastanstieg von 3,36 Prozent glänzen, waren es seit 2012 im Schnitt jährlich nur noch 1,85 Prozent.² Mag es auch mehrere Einflussfaktoren für diese Entwicklung geben, liegt diese vor allem in den üppigen Preissteigerungen der Jahre 2012 bis einschließlich 2016 begründet. Diese wirken bis heute nach und lagen mit durchschnittlich 2,8 Prozent nicht nur deutlich über dem Durchschnitt der CDU-Regierungsjahre von 2,36 Prozent. Vielmehr wurden die HVV-Tarife zwischen 2012 und 2016 jeweils deutlich über der Inflationsrate der jeweiligen Vorjahre in Höhe von durchschnittlich 1,36 Prozent erhöht.

Die CDU-Fraktion hatte sich daher bereits 2015 mit Drs. 21/1034 dafür eingesetzt, Bahnen und Busse bezahlbar zu halten, indem die HVV-Tarife maximal in Höhe der Inflationsrate angehoben werden dürfen. Die „Regenbogenkoalition“ aus SPD, GRÜNEN, DIE LINKE, FDP und AfD hatte diesen Vorschlag damals abgelehnt. Dass die HVV-Preise zum Jahresbeginn 2019 mit 2,1 Prozent abermals über der Inflationsrate des Vorjahres von 1,9 Prozent beziehungsweise des Durchschnitts des Dreijahreszeitraums 2016 – 2018 von 1,4 Prozent angehoben wurden, ist bedauerlich.

Umso erfreulicher ist, dass bei der SPD mittlerweile ein Umdenken stattgefunden zu haben scheint. Auf ihrem Landesparteitag vom 30. März 2019 haben die SPD-Delegierten unter anderem nun ebenfalls beschlossen, dass Preiserhöhungen beim HVV in Zukunft nur noch in Höhe der Inflationsrate folgen sollen.³ Die von der CDU bereits 2015 geforderte und beantragte Fahrpreisbremse würde somit endlich zu konkretem Senatshandeln werden. Dieser Sinneswandel ist uneingeschränkt zu begrü-

¹ 25 Prozent als Fahrer und 10 Prozent als Mitfahrer.

² Grundlage sind die Werte bis einschließlich 2017, die 2018er-Werte wurden noch nicht veröffentlicht.

³ <https://www.abendblatt.de/hamburg/article216806329/HVV-Fahrplaene-bald-ueberfluessig-SPD-will-Hamburg-Takt-mit-5-Minuten-Garantie-an-jedem-Ort-in-Hamburg-einfuehren.html>, letzter Zugriff: 11.04.19.

ßen. Wir stellen die Fahrpreisbremse für HVV-Tarife daher erneut zur Abstimmung, damit aus Worten Taten werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. in der jährlichen Abstimmung der Genehmigungsbehörden der beteiligten Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg hinsichtlich der jeweils vom HVV beantragten Änderung der Beförderungsentgelte nach § 39 Personenbeförderungsgesetz darauf hinzuwirken, dass der HVV-Gemeinschaftstarif zukünftig jeweils zum 1. Januar eines jeden Jahres maximal in Höhe der Inflationsrate angehoben wird.
2. der Bürgerschaft bis zum 31. Oktober 2019 hierüber zu berichten.